



Stadtrat

Vorlage an den Grossen Gemeinderat

vom 19. Dezember 2000 Nr. 5706

Interpellation

**Interpellation Andreas Frank betreffend "Zwängerei um Mobilfunkantennen-Gesuch";
schriftliche Beantwortung**

Gemeinderat Andreas Frank und 28 Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichner reichten am 24. Oktober 2000 eine Interpellation mit dem genannten Titel ein (vgl. Beilage). Der Stadtrat beantwortet die Interpellation schriftlich wie folgt:

1. Die Beurteilung und Entscheidung von Baugesuchen ist in der Stadt St.Gallen aufgrund der Bauordnung Sache der Baupolizeikommission. Die Interpellation enthält teilweise Fragen aus einem Baugesuchsverfahren. Die Baupolizeikommission hat das Baugesuch der Firma Orange Communications SA für den Antennenstandort Bahnhofplatz 8b - das in der Interpellation angesprochen ist - am 8. September 2000 bewilligt, das Gesuch um Entzug der aufschiebenden Wirkung abgewiesen und die Einsprachen entschieden. Gegen diesen Entscheid sind Rekurse beim Baudepartement hängig.
2. Mit den folgenden Ausführungen nimmt die Baupolizeikommission zu den Fragen betreffend das nun noch zu entscheidende Gesuch um temporäre Baubewilligung wie folgt Stellung (Stand des Verfahrens am 11. Dezember 2000):

Frage 1:

Mit dem Gesuch für eine temporäre Mobilfunkantenne auf der Liegenschaft Bahnhofplatz 8b konnte Orange Communications SA weder die aufschiebende Wirkung in Bezug auf den Rekurs gegen die Baubewilligung umgehen noch kann bzw. konnte die Gesuchstellerin für die im Anschluss an die Rekursverfahren eingereichte temporäre Mobilfunkantenne ein abgekürztes Bewilligungsverfahren erwirken. Das Baugesuch für die temporäre Anlage wurde im ordentlichen Verfahren ausgeschrieben. Die Baupolizeikommission wird an einer ihrer nächsten Sitzungen über das Gesuch entscheiden müssen, wobei gleichzeitig über die dagegen erhobenen Einsprachen zu entscheiden sein wird. Gegen



diesen Entscheid steht den Verfahrensbeteiligten wiederum das ordentliche Rechtsmittelverfahren offen; die Gesuchstellerin kann auch die temporär beantragte Anlage nicht vor einer rechtskräftigen Baubewilligung installieren und in Betrieb nehmen.

Frage 2:

Ob eine temporäre Bewilligung zulässig ist, muss die Baubewilligungsbehörde, d.h. die Baupolizeikommission, entscheiden. Dabei gelten grundsätzlich die gleichen Voraussetzungen wie für eine ordentliche Bewilligung. Gemäss Art. 87 des kantonalen Baugesetzes (sGS 731.1, BauG) ist die Baubewilligung zu erteilen, wenn keine im öffentlichen Recht begründeten Hindernisse vorliegen. Im Rahmen der Prüfung und Beurteilung des Baugesuches wird insbesondere zu prüfen sein, ob die Anlage die Grenzwerte gemäss der Verordnung über den Schutz vor nichtionisierender Strahlung (NISV) einhält. Sind die Immissionsgrenzwerte und die Anlagegrenzwerte, letztere an allen Orten mit empfindlicher Nutzung, eingehalten, muss die Baubewilligung aus umweltschutzrechtlicher Sicht erteilt werden. Eine Verweigerung könnte sich nur noch auf eine Verletzung anderer öffentlich-rechtlicher Vorschriften stützen.

Dabei ist insbesondere die Rechtsprechung in Bezug auf Natelantennen zu berücksichtigen. Mit dem Erlass der NISV und den darin enthaltenen Immissions- und Anlagegrenzwerten hat der Bundesrat das Mass der vorsorglichen Emissionsbegrenzung abschliessend festgeschrieben. Dies bedeutet, dass Anlagen, welche diese Werte einhalten, aus umweltschutzrechtlichen Gründen zu bewilligen sind. Dies unterstreicht u.a. das Urteil der 1. Öffentlichrechtlichen Abteilung des Bundesgerichts vom 30. August 2000 (Urteil 1a94 / 2000, Dotzigen).

3. In den Fragen 3 und 4 der Interpellation wird die Interessenvertretung "betroffener Stadtbürger" angesprochen. Hier sind rechtliche Festlegungen und politische Möglichkeiten klar zu unterscheiden:
 - In rechtlicher Hinsicht ist die Rekurslegitimation von natürlichen oder juristischen Personen im übergeordneten Recht, so z.B. im Kantonalen Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege sowie in einer einlässlichen Rechtspraxis und Rechtsprechung geregelt. Für die Anerkennung einer Rekurslegitimation gelten bestimmte Voraussetzungen, die den Kreis der Beschwerdeberechtigten eingrenzen. Voraussetzung ist eine "besondere Beschwerdnis im Einzelfall", unzulässig ist die sogenannte "Popularbeschwerde", die in der Regel einer politischen Meinungsäusserung eher entspricht als einer rechtlichen Eingabe.



- In politischer Hinsicht besitzt selbstverständlich ein weiterer Kreis von Personen die Möglichkeit, sich zu wehren und seine Anliegen einzubringen. Die öffentliche Diskussion im Zusammenhang mit den Mobilfunkantennen hat zweifelsohne zu einer Sensibilisierung und auch zu einer Verschärfung der Bundesvorschriften geführt.
- 4. Was die Eingabe der Lehrerschaft und Eltern des Schulhauses St. Leonhard anbetrifft, so hat die Baupolizeikommission in ihrem Entscheid die Legitimation im Einzelnen nicht geprüft, da insgesamt 13 Einsprachen von Grundeigentümern, aber auch von verschiedenen Interessenorganisationen mit teilweise zahlreichen Unterschriften vorlagen. Nachdem ein Teil der Einsprecherinnen und Einsprecher ohnehin legitimiert war, konnte die Baupolizeikommission die materielle Einsprachebehandlung ohne weitere Legitimationsprüfung durchführen. Was die Bemerkung bezüglich des Verhaltens der Schulverwaltung anbetrifft, wurde die Schulleitung auf die offene Frage der Rekurslegitimation eines Schulhauses hingewiesen und gleichzeitig darüber informiert, dass der Schule bzw. der Schulleitung nicht die Kompetenz zustehe, in einem Einspracheverfahren in Vertretung der Politischen Gemeinde aufzutreten. Es bleibt den Betroffenen unbenommen, als Einzelpersonen tätig zu werden.
- 5. Für die Installierung von Mobilfunkantennen bestehen gesetzliche Grundsätze, die auch für Gebäude der Stadt und ihre Umgebung gelten. Der Stadtrat und die zuständigen Stellen der Stadtverwaltung sorgen für die Einhaltung dieser Regeln. Namentlich bei Gesuchen für die Benutzung städtischer Liegenschaften als Antennenstandorte wird sorgfältig auf eine ausreichende Distanz zu Wohngebäuden oder zu öffentlichen Gebäuden geachtet.

Der Stadtmann:
Christen

Im Namen des Stadtrates
Der Stadtschreiber:
Linke

Beilagen:
Interpellation

